

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
23. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 27.06.2017 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:30

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Nadine Bartz-Jetzki
Stv. Vincent Endereß
Stv. Harald Giebels
Stv. Udo Greeff
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Folke Schmelcher
Stv. Rainer Wetterau

bis einschl. TOP 47

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Julia Klaus
Stv. Marion Klaus
Stv. Ulrich Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Alfred Leske
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

ab TOP 13

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Achim Metzger
Stv. Peter Schniewind
Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler
Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StOVR Doris Abel
StORR Michael Rennert
StOVR Gerhard Titzer
TA Ute Eden
VA Dr. Jürgen Simon
VA Wolfgang Voos
StA Kerstin Winkelmann
VA Marion Macias-Bittner

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Krengel

Gäste

Herr Stefan Chemelli
Herr Prof. Dr. Joachim Schiffers

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 23. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, die TOPs 19. und 20. als letzte TOPs vor den öffentlichen Anfragen und Mitteilungen zu beraten, da beide Vorlagen auch nichtöffentliche Punkte beinhalten würden. So könne eine gute Verbindung zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung geschaffen werden.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern

Stv. Lukat schlägt vor, den TOP 13. nach TOP 2. zu beraten, da einige Vertreter der Handballvereine als Gäste anwesend seien. Um diesen entgegen zu kommen, solle der TOP zu Beginn der Sitzung beraten werden.

Auch hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Die anwesende Bürgerin, **Frau Dr. Hammerstein**, verweist auf das Tierschutzgesetz und die dort aufgeführte Pflicht, Hunden eine Freilaufmöglichkeit zu bieten um eine artgerechte Haltung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck müsse es in Haan genügend Freilaufflächen für Hunde geben. Sie bittet daher, auch den Tierschutz zu berücksichtigen.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass das von Frau Dr. Hammerstein angesprochene Thema unter TOP 34 (Änderung der Straßenordnung der Stadt Haan) behandelt werde. Sie bittet die Mitglieder des Rates darum, das soeben von Frau Dr. Hammerstein Vorgetragene bei dem Beschluss des entsprechenden Tagesordnungspunktes zu berücksichtigen.

Weiterhin liegen keine Bürgeranfragen vor.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf eine Liste, welche den Ratsmitgliedern vorliegt. Hierauf seien alle Tagesordnungspunkte aufgeführt, welche sowohl im Fachausschuss als auch im Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen beschlossen worden sind. Um die Sitzung effektiver zu gestalten schlägt sie vor, über alle dort aufgeführten Tagesordnungspunkte zusammen abzustimmen.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Folgende Tagesordnungspunkte wurden daraufhin zusammen, einstimmig beschlossen:

TOP 8, 9, 12 & 12.1, 18, 20.1, 22, 23, 26, 27, 29 & 29.1, 30 & 30.1, 31, 36, 37, 28, 39, 40 und 41

Die einzelnen Beschlüsse sind unter den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

2./ Bürgerantrag: Gedenkstein für Srebrenica **Vorlage: 10/115/2017**

Beschluss:

Dem Bürgerantrag der Haaner Künstlerin Abida Ruppert, auf dem Karl-August-Jung-Platz einen schlichten Stein mit der Inschrift „In Erinnerung an Srebrenica“ und der Anzahl der Toten aufzustellen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Stv. Ruppert hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

13./ Perspektiven für den leistungsbezogenen Handballsport in Haan Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2017

Protokoll:

Stv. Lukat bezieht sich auf die vorliegenden Beschlussvorschläge der WLH- sowie der CDU-Fraktion. Grundsätzlich begrüße sie, dass die CDU-Fraktion ebenfalls die Nutzung von Haftmitteln unterstütze, jedoch bemängelt sie, dass dies gem. des Beschlussvorschlages nur zu Meisterschaftsspielen und nur am Wochenende gestattet sein solle. Eine Ausweitung der Erlaubnis auch auf den Trainingsbetrieb halte die WLH-Fraktion hier für sinnvoller.

Stv. Stracke erinnert daran, dass es sich bei der Halle an der Adlerstr. auch um eine Halle für den Schulbetrieb handele. Desweiteren sei die Haftmittelnutzung in den Ligen, in denen die Haaner Vereine vertreten seien, nicht notwendig. Er erinnert ferner daran, dass die Reinigung nach Nutzung von Haftmitteln in der Vergangenheit nicht einwandfrei funktioniert habe. Er verweist hierzu auf die Aussage des Technischen Beigeordneten Alparslan in der Sitzung des HFA am 20.06.2017, dass die Verwaltung die hundertprozentige Sauberkeit nicht sicherstellen bzw. leisten könne und die Verwaltung bereits jetzt schon Sanktionen gegenüber den Vereinen geltend machen könne, dies aber aufgrund einer dadurch vorzunehmenden Sperrung für die Nutzung der Halle unterlassen habe.

Bgm'in Dr. Warnecke erinnert in diesem Zuge noch einmal daran, dass es sich hier um eine politische Entscheidung handele. Sie verweist ebenfalls auf die Aussage von Herrn Alparslan und erläutert, dass eine Reinigung nach dem Wochenende ggf. neben dem Schulsport stattfinden müsse, sofern noch Haftmittelreste in der Halle vorhanden seien.

Stv. Dürr erläutert, dass derzeit an Bällen gearbeitet werde, mit denen Handball auf hohem Niveau, auch ohne die Nutzung von Haftmittel ermöglicht werden solle. Es gäbe derzeit nämlich Diskussionen, Haftmittel ganz zu verbieten, da die Verschmutzung der Hallen ein bereits bekanntes und immer wieder aufkommendes Problem sei.

Stv. Schwierzke erklärt für die AfD-Fraktion, dass die Nutzung von Haftmitteln auch im Trainingsbetrieb erlaubt sein solle, sofern die Vereine die Reinigung der Halle bezahlen.

Stv. Ruppert führt aus, dass bei Außenstehenden der Eindruck erweckt würde, in Haan würde Bundesliga-Handball im Seniorenbereich gespielt. Dies sei jedoch nicht der Fall. Auf vereinzelte Bereiche des Jugend-Handballsportes in Haan möge dies zutreffen, jedoch seien die Vorgaben bezüglich der Haftmittelnutzung nicht mit denen der Bundesliga im Seniorenbereich zu vergleichen. Der Ziffer 3 des vorliegenden SPD-Antrages vom 26.06.2017 stimme die FDP-Fraktion, auch mit Blick auf den Haushalt, nicht zu.

Stv. Abel bezieht sich auf die Aussage des Stv. Dürr. Seiner Erkenntnis nach sei leistungsbezogener Handballsport ohne die Nutzung von Haftmitteln nicht möglich.

Weiterhin schlägt er vor, die Verwaltung solle hierzu eine Stellungnahme beim Deutschen Handballbund (DHB) anfordern.

Stv. Rehm erkundigt sich, was der Fachausschuss (BKSA) gemacht habe. Es könne nicht sein, dass eine solche Diskussion in der Sitzung des Rates geführt werden müsse.

Stv. Lukat beantragt eine Sitzungsunterbrechung, sodass möglicherweise eine gemeinsame Lösung bzw. ein gemeinsamer Beschlussvorschlag formuliert werden könne.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis - Sitzungsunterbrechung

mehrheitlich abgelehnt
4 Ja / 33 Nein / 0 Enthaltungen

Die Sitzung wird daher nicht unterbrochen.

Stv. Dürr bittet, über den Antrag der SPD-Fraktion ziffernweise abzustimmen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über die einzeln aufgeführten Ziffern des SPD-Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis – SPD-Antrag vom 26.06.2017

Ziffer 1 (*Dieser Punkt ist bei allen Beschlussvorschlägen identisch*)
einstimmig beschlossen
33 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen

Ziffer 2
mehrheitlich abgelehnt
16 Ja / 17 Nein / 4 Enthaltungen

Ziffer 3
mehrheitlich abgelehnt
15 Ja / 18 Nein / 4 Enthaltungen

Stv. Lukat verliest folgenden Beschlussvorschlag und bittet hierüber abzustimmen.

„Der Rat der Stadt Haan unterstützt den leistungsbezogenen Handball in Haan.

Die Verwaltung wird beauftragt mit den handballausübenden Vereinen einvernehmliche Regelungen zu treffen, um dies zu ermöglichen.

So soll die wasserlösliche Haftmittelnutzung bereits jetzt zu allen Meisterschaftsspielen in der Halle Adlerstraße erlaubt sein.

Die Kosten der professionellen Reinigung werden von den Vereinen übernommen.

Sollten Verstöße gegen das Verbot der Nutzung von wasserlöslichem Haftmitteln außerhalb dieser Spielzeiten festgestellt werden und kein Verursacher festzustellen sein, tragen die handballausübenden Vereine die zusätzlichen Reinigungskosten.“

Abstimmungsergebnis – Beschlussvorschlag WLH-Fraktion

mehrheitlich abgelehnt
6 Ja / 26 Nein / 5 Enthaltungen

Bgm'in Dr. Warnecke lässt abschließend über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss und Abstimmungsergebnis, siehe unten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan unterstützt den leistungsbezogenen Handball in Haan.

Die wasserlösliche Haftmittelnutzung wird nur zu Meisterschaftsspielen in der Halle Adlerstr. freitags nach Schulbetrieb bis sonntags (ausgenommen Schulfeiern etc.) erlaubt.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Unitas und dem HTV hierzu eine vertragliche Regelung zu finden.

Die Kosten der professionellen Reinigung werden von den Vereinen übernommen. Sollten unter der Woche Verstöße gegen das Verbot der Nutzung von wasserlöslichen Haftmitteln gefunden werden und kein Verursacher festzustellen sein, tragen beide Vereine die zusätzlichen Reinigungskosten.

Schulveranstaltungen haben generell Vorrang!

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
19 Ja / 13 Nein / 5 Enthaltungen

3./ Verkaufsoffene Sonntage 2017 - Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Antrag der WLH-Ratsfraktion vom 22. 03. 2017

Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 26. 03. 2017

Vorlage: 32-1/011/2017

Beschluss:

Der Antrag der WLH-Fraktion vom 22.03.2017 (Anlage 1 der Vorlage) wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

30 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen

4./ Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2016 der Stadt Haan

Vorlage: 20/060/2017

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 der Stadt Haan wird zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Steuerliche und Kostenoptimierung der städtischen Beteiligungen -

Ergebnisse des Gutachtens und Handlungsempfehlungen

Vorlage: BM/015/2017

Beschluss:

TOP 5. und 5.1 wurden zusammen beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 5.1 aufgeführt.

**5.1. Steuerliche und Kostenoptimierung der städtischen Beteiligungen -
/ Ergebnisse des Gutachtens und Handlungsempfehlungen
Vorlage: BM/015/2017/1**

Beschluss:

1. Die Ausgliederung des Stadtbades in die Stadtwerke Haan GmbH (Großer steuerlicher Querverbund) gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten (Erhöhung des Stammkapitals der Stadtwerke Haan GmbH) ist mit externer Unterstützung vorzubereiten und spätestens zum 31.08.2017 mit Rückwirkung zum 02.01.2017 (steuerlich 01.01.2017) umzusetzen.
2. Hierzu werden die Trägerschaft des Hallenbades von der Stadt Haan auf die Stadtwerke Haan GmbH übertragen sowie das Stammkapital um 1,00 EUR erhöht. Der den Betrag der Kapitalerhöhung übersteigende Wert der zum Buchwert übertragenen Wirtschaftsgüter in Höhe von 925.409,79 EUR wird der Kapitalrücklage der Stadtwerke Haan GmbH gutgeschrieben, die sich dadurch entsprechend erhöht.
3. Die vom Rat der Stadt Haan entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates werden gem. § 8 Abs. 8 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Haan GmbH angewiesen, der Geschäftsführung die Zustimmung zur Ausgliederung des Stadtbades gemäß Ziffer 1 und 2 insbesondere zur Übernahme einer neuen Aufgabe des Unternehmensgegenstandes (§ 10 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Haan GmbH) zu erteilen.
4. Die Bürgermeisterin als Vertreterin der Stadt Haan in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Haan GmbH wird ermächtigt, einer Beschlussfassung im Sinne der Ziffer 2 in der Gesellschafterversammlung zur Ausgliederung des Stadtbades und Annahme dessen Trägerschaft sowie der Erhöhung des Stammkapitals zuzustimmen.
5. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, alle Willenserklärungen für die Stadt Haan abzugeben und die entsprechenden Handlungen vorzunehmen, die zur Umsetzung der Beschlüsse zu Ziff. 1 und 2 notwendig sind. Diese Ermächtigung umfasst dabei insbesondere den Abschluss eines Ausgliederungs-, eines Personalüberleitungsvertrages sowie die Unterzeichnung einer Übernahmeerklärung betreffend den neu ausgegebenen Geschäftsanteil am Stammkapital der Stadtwerke Haan GmbH (vgl. Anlage).

§ 6 Abs. 5 des Ausgliederungsvertrages wird wie folgt beschlossen:

Die übernehmende Gesellschaft verpflichtet sich, Teile des Hallenbads dem Schul- und Vereinsschwimmen wie folgt zur Verfügung zu stellen:

- **Schulschwimmen: Mindestens 34 bis zu 42 Stunden pro Woche.**
In diesen Stunden sind für das Schulschwimmen ausreichend Kapazitäten / Bahnen zur Verfügung zu stellen. Für die Beaufsichtigung der Schüler/innen sind die Lehrkräfte zuständig. Das Schulschwimmen muss im Rahmen der üblichen Unterrichtszeiten der Schulen (bis 16:30 Uhr) ermöglicht werden.
- **Vereinsschwimmen: insgesamt 13 Stunden pro Woche.**
Nach dem öffentlichen Badebetrieb wird in diesen Stunden jeweils das ganze Hallenbad nach Anmeldung durch die Vereine diesen zur Verfügung gestellt. Für die Beaufsichtigung der Schwimmenden ist der jeweilige Verein zuständig.

Die Vergütung der zuvor genannten Leistungen erfolgt für das Schul- und Vereinsschwimmen durch die Stadt pro Nutzer nach der gültigen Preisliste auf Basis der 50er-Karte für Jugendliche / Kinder. Hierbei ist der Preis für die 50er-Karte für Jugendliche / Kinder vom Rat der Stadt Haan festzusetzen. Für erwachsene Vereinsmitglieder sind die Leistungen auf Basis der 50er-Karte für Erwachsene durch die Stadt mit der Stadtwerke Haan GmbH abzurechnen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
32 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Stv. Holberg hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**6./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3,
GO NRW
hier: Benennung von Beisitzern für ein Einigungsstellenverfahren
Vorlage: 10/118/2017**

Beschluss:

Die mit Datum vom 07.06.2017 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (Anlage 1) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
33 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

7./ Gemeinschaftsgrundschule Gruitzen
- Erweiterung, Ausbau und Teilabbruch
- Integration der Stadtteilbücherei in das Schulgebäude
Vorlage: 65/030/2017

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verabschiedet die Leiterin des Gebäudemanagements, Frau Eden und bedankt sich für die sehr gute Zusammenarbeit. Sie bedauere es sehr, dass Frau Eden gehe und wünscht ihr für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 4 mit Räumen für eine zentrale Mensa und eine Mediathek für Schule und Öffentlichkeit ohne eine Sanierung des Altbaus und der Außenanlagen weiter bis zur Ausschreibungsreife durchzuplanen.

Die Haushaltsmittel werden um den Mehrbedarf im Bereich Baukosten in Höhe von 1,22 Mio € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
34 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

8./ Pädagogische Übermittagbetreuung/Hauswirtschaftliche Versorgung
Vorlage: 40/002/2017

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung, mit der Organisation und Durchführung des Angebotes der „Pädagogischen Übermittagbetreuung“ für die Dauer des Schuljahres 2017/2018 an der Realschule den Verein „Trägerverein der Übermittagbetreuung an der Emil-Barth-Realschule“ und am Gymnasium den Verein „Interaktiv e.V.“ zu beauftragen wird, vorbehaltlich des Erhalts von Landesmitteln, zugestimmt.

Ergänzend hierzu wird der „Trägerverein der Übermittagbetreuung an der Emil-Barth-Realschule“, ebenfalls für die Dauer des Schuljahres 2017/2018, mit der Durchführung und Organisation des Mittagstisches an allen vier weiterführenden Schulen (Hauptschule „Zum Diek, Emil-Barth-Realschule, Gesamtschule und Gymnasium) beauftragt.

Basis für die Verhandlungen bilden die als Anlage 1 beigefügten Entwürfe der jeweiligen Kooperationsvereinbarungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**9./ Offene Ganztagschule
Verwendung der Betreuungspauschale
Vorlage: 40/003/2017**

Beschluss:

Hinsichtlich der Betreuungspauschale erhält jeder OGS-Träger in übereinstimmender Absprache mit der jeweiligen Schulleitung die Möglichkeit, im Rahmen der zugewiesenen Mittel in Höhe von maximal 7.500 €/OGS Standort/Schuljahr entsprechend Ziffer 5.46 des Runderlasses

„Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich“ des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003 in der aktuell geltenden Fassung

zusätzliche Betreuungsangebote Erlasskonform einzurichten. Der Schulträger ist über Art und Umfang zu Beginn eines Schuljahres schriftlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**10./ Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Haan und Kindertagespflege
Vorlage: 51/155/2017**

Protokoll:

Stv. Sack verweist darauf, dass die bisherigen Elternbeiträge in Haan, im Vergleich zu umliegenden Städten, bereits sehr hoch seien. Es wäre daher, seiner Meinung nach, ein gutes Signal des Rates gewesen hier auf eine Erhöhung der Elternbeiträge zu verzichten.

Beschluss:

Die Sätze der Beitragsstufen werden:

von 0 bis 75 t € Jahreseinkommen nicht verändert.

Erhöhungen werden wie folgt festgelegt:

von **75 bis 87 t €** Jahreseinkommen steigen

- beim 1. Kind **von 170 auf 175 €** pro Monat
- bei Geschwisterkinder **von 85 auf 87,50 €** pro Monat

von **87 bis 100 t €** Jahreseinkommen steigen

- beim 1. Kind **von 170 auf 180 €** pro Monat
- bei Geschwisterkinder **von 85 auf 90 €** pro Monat

ab **100 t €** Jahreseinkommen steigen

- beim 1. Kind **von 170 auf 180 €** pro Monat
- bei Geschwisterkinder **von 85 auf 90 €** pro Monat

Nur in dieser Gruppe wird es eine Dynamikanpassung von 3 % per anno geben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

30 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

**11./ Erweiterung der Kindertageseinrichtung "Käthe-Kollwitz-Straße" -
Finanzierung
Vorlage: 51/164/2017/1**

Protokoll:

Stv. Sack plädiert dafür, dass der Rat dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses folgen und ebenso entscheiden solle. Nur so sei sichergestellt, dass mit der AWO fundierte Gespräche geführt werden können.

Stv. Marion Klaus wendet sich an die Verwaltung und erkundigt sich, für wie viele Kinder in den Quartalen der Jahre 2016 und 2017 ein Betreuungsplatz in den KiTas beantragt wurde.

Bgm'in Dr. Warnecke nimmt diesen Prüfauftrag zur Kenntnis und verspricht diesen an das Jugendamt weiter zu leiten, sodass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses eine Aufstellung zu dieser Frage vorgelegt werden könne.

Stv. Endereß verweist darauf, dass das besprochene Projekt nicht im Haushalt enthalten sei. Es handle sich daher nicht um eine kurzfristige, sondern um eine mittelfristige Maßnahme, welche keineswegs dazu geeignet sei, Kinder die aktuell zum 01.08.2017 auf der Warteliste stehen, aufzunehmen. Den vorherigen Beschluss zu TOP 12 / 12.1 (Blockabstimmung) zur Einrichtung einer 4-gruppigen KiTa am Standort Erikaweg / Ohligserstr. begrüße er.

Stv. Giebels erinnert an S. 2 der Beschlussvorlage. Hier sei von einem Förderbetrag des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) die Rede. Er erkundigt sich daher, wie die Förderbedingungen hierfür seien. Er warnt daher davor, die genannte Summe in die Kalkulation mit aufzunehmen, bevor diese geklärt seien, da sonst das gesamte Finanzierungskonzept hinfällig sei.

Stv. Lemke bezieht sich auf die beiden vorherigen Wortmeldungen seiner Fraktionskollegen und erläutert, dass aus Sicht der CDU-Fraktion noch viele Dinge zu klären seien. Aufgrund dessen meldet er für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet die offenen Fragen bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.2017 zu klären.

Stv. Lukat verweist auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses. Es handle sich hierbei lediglich um einen Grundsatzbeschluss, nicht um einen Beschluss über eine konkrete Maßnahme, weshalb sie den angemeldeten Beratungsbedarf der CDU-Fraktion nicht verstehen könne. Sie beantragt daher, über den angemeldeten Beratungsbedarf abzustimmen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den von der CDU-Fraktion angemeldeten Beratungsbedarf abstimmen.

Beschluss:

Seitens des CDU-Fraktion wurde Beratungsbedarf angemeldet. Hierüber wurde mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

mehrheitlich beschlossen

19 Ja / 18 Nein / 0 Enthaltungen

Es wird daher kein Beschluss gefasst. Die Vorlage wird zur erneuten Beratung in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses verwiesen.

**12./ Sachstand zu den Prüfaufträgen zur Errichtung einer
Kindertageseinrichtung in Unterhaan
Vorlage: 51/162/2017**

Beschluss:

Der TOP wurde zusammen mit 12.1. beraten und beschlossen. Der Beschluss ist daher unter TOP 12.1. – Vorlage 51/162/2017/1 aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**12. Sachstand zu den Prüfaufträgen zur Errichtung einer
1./ Kindertageseinrichtung in Unterhaan
Vorlage: 51/162/2017/1**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren für die Erstellung einer 4 gruppigen Kindertageseinrichtung am Standort Erikaweg/Ohligserstr. in städt. Trägerschaft in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**14./ Bebauungsplan Nr. 168 "Technologiepark Haan NRW, 2. Bauabschnitt"
hier: Beschluss über Anregungen, § 3 (1), (2) , § 4 (1) und (2), § 4a (3)
BauGB,
Satzungsbeschluss § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/170/2017**

Protokoll:

Stv. Rehm verweist auf die Homepage der GAL-Fraktion und die dort von ihm verfasste Stellungnahme zum Technologiepark.

Stv. Lukat bezieht sich auf den, in der letzten Sitzung des SUVA am 28.03.2017, eingebrachten Antrag der WLH-Fraktion vom 28.03.2017 und bittet über diesen abzustimmen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den Antrag der WLH-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis – Antrag der WLH-Fraktion

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja / 33 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB sowie über die im Rahmen der Beteiligung nach § 4a (3) Satz 1, Nr. 2, 3 und 4 BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 168 „Technologiepark Haan|NRW, 2. Bauabschnitt“ in der Fassung vom 24.02.2017 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 24.02.2017 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich im Süden des Ortsteils Gruitzen an der Windfoche.

Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flächen

- östlich des Verbindungsweges zwischen der Niederbergischen Allee an der Hofschaff Kriekhausen und der Millrather Straße,
- südlich der Millrather Straße, der Ortslage Windfoche und der Gruitener Straße, beginnend von der Einmündung des Verbindungsweges nach Kriekhausen bis zum Kreisverkehr mit der Umgehungsstraße K20n im Osten, wobei die Verkehrsfläche der Millrather und Gruitener Straße zum Teil zum Plangebiet gehört,
- westlich und nördlich der neu geplanten HAUPTerschließungsstraße zwischen dem Kreisverkehr K 20n/Gruitener Straße und dem Anschluss an die Niederbergische Allee,
- sowie zwischen der Autobahn A 46 und der neu geplanten HAUPTerschließungsstraße gelegene Landschaftsteile.

Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

30 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

**15./ Gebäude der ehemaligen städtischen Kindertageseinrichtung Alleezwerge
hier: Kündigung des Mietvertrages und Rückbau des Container-
Gebäudes
Vorlage: 65/028/2017**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Mietvertrag für das freigezogene und angemietete Containergebäude der ehemaligen Kita Alleestr. schnellstmöglich zu kündigen und das Gebäude zurückzubauen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**16./ Bebauungsplan Nr. 149 "Am Teichkamp"
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen;
Beschluss der Flächennutzungsplanänderung;
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/174/2017**

Beschluss:

TOP 16. und 16.1 wurden zusammen beraten und beschlossen. Der Beschluss ist daher unter TOP 16.1 – Vorlage 61/174/2017/1 aufgeführt.

**16. Bebauungsplan Nr. 149 "Am Teichkamp"
1./ hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen,
Satzungsbeschluss des redaktionell geänderten Bebauungsplans
(geänderte Vermaßung), § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/174/2017/1**

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in der Sitzungsvorlage 61/174/2017 entschieden.

2. Der Bebauungsplan Nr. 149 „Am Teichkamp“ i. d. F. vom 30.05.2017 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 30.05.2017 wird zugestimmt.

Das Plangebiet liegt an der östlichen Stadtgrenze der Stadt Haan nördlich der BAB 46. Es wird begrenzt durch rückwärtige Grundstücksflächen am Wibbelrather Weg im Norden, die Straße ‚Am Teichkamp‘ im Osten, eine ehemalige Straßenbahntrasse (heute Fußweg) im Süden und landwirtschaftliche Flächen / Brachflächen im Westen. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
30 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

17./ 29. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Westliches Heidfeld"

**hier: Genehmigung durch die Bezirksregierung
Vorlage: 61/178/2017**

Beschluss:

Die Genehmigungsverfügung vom 24.05.2017 mit der erteilten Auflage, die Begründung und den Umweltbericht jeweils redaktionell zu ergänzen, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich

**18./ Prüfung des vorzeitigen Abbruchs des Bürgerhauses Gruitzen,
Düsselberger Straße
Vorlage: 65/029/2017**

Beschluss:

1. Der Abbruch des Bürgerhauses Gruitzen erfolgt im Jahr 2018 nach Genehmigung des Haushaltes.
2. Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 € werden in den Haushaltsplanungen 2018 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**20. Ergebnisverwendung Gesamtabschluss 2010 der Stadt Haan
1./ Vorlage: 20/059/2017**

Beschluss:

Der Jahresfehlbetrag des Gesamtabschlusses 2010 der Stadt Haan beträgt 5.029.804,64 EUR und wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**21./ Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus 2016 nach 2017 gem. § 22
GemHVO
Vorlage: 20/050/2017/1**

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

22./ Haushalt 2017

Produkt 010100- Politische Gremien/ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Seniorenbeirates/ Betrag 5.000 €

Vorlage: 51/160/2017

Beschluss:

Der Sperrvermerk über den Betrag von 5.000 € im Produkt 010100 –Politische Gremienaufwendungen- auf dem Konto 528190 –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Seniorenbeirates- wird aufgehoben.

Die Mittel werden zur Deckung außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 5.000 € zur Umsetzung von Maßnahmen zur seniorengerechten Ausgestaltung von Quartieren im Produkt 050120 –Allgemeine soziale Verwaltung und Beratung- bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23./ "Gute Schule 2020" - Priorisierungskonzept

Vorlage: 20/055/2017

Beschluss:

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Priorisierungskonzept wird in Form der als Anlage 1 beigefügten Priorisierungsliste (Anlage 1) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24./ Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Haushaltsjahr 2016

Vorlage: 20/056/2017

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**25./ Information zum Kredit- und Zinsmanagement der Gartenstadt Haan
Vorlage: 20/057/2017**

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**26./ Aufnahme von Krediten - Änderung der Zuständigkeit
Vorlage: 20/058/2017**

Beschluss:

In der „Zuständigkeitsverordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Haan vom 12.05.2015“ wird unter „Haupt- und Finanzausschuss (HFA)“ die Entscheidungsbefugnis für die „Aufnahme von Krediten“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**27./ Änderung der Entgeltordnung für die Stadtbücherei
Vorlage: 40/001/2017**

Beschluss:

In Ziffer 1 der Entgeltordnung der Stadtbücherei Haan vom 09.09.2015 wird unter dem Tarif für Erwachsene mit Wirkung vom 01.07.2017 folgender Tarif eingefügt:

Inhaber der Ehrenamtskarte NRW: 10 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**28./ Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler
Vorlage: 51/161/2017**

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) in der Fassung der Anlage 1 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**29./ Satzung über die 5. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren auf dem Wochenmarkt in Haan
Vorlage: 32-2/051/2017**

Beschluss:

Die Satzung über die 5. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren auf dem Wochenmarkt der Stadt Haan vom 18.12.1991 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**29. Satzung über die 5. Änderung der Satzung über die Erhebung von
1./ Marktgebühren auf dem Wochenmarkt in Haan
hier: 1. Ergänzung
Vorlage: 32-2/051/2017/1**

Beschluss:

Kenntnisnahme

Der Beschluss ist unter TOP 29 – Vorlage 32-2/051/2017 gefasst.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**30./ Änderung der Kirmesgebührensatzung
Vorlage: 32-2/054/2017**

Beschluss:

Der Beschluss ist unter TOP 30.1 – Vorlage 32-2/054/2017/1 aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Das Abstimmungsergebnis ist unter TOP 30.1 – Vorlage 32-2/054/2017 aufgeführt.

**30. Änderung der Kirmesgebührensatzung
1./ hier: 1. Ergänzung
Vorlage: 32-2/054/2017/1**

Beschluss:

Die Satzung zur 6. Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Erhebung von Gebühren aus Anlass der Haaner Kirmes (Kirmesgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 und dem geänderten Gebührentarif (Anlage 2) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**31./ Änderung der Hauptsatzung: Zusatzbezeichnung Gartenstadt
Vorlage: 10/108/2017**

Beschluss:

Die Hauptsatzung der Gartenstadt Haan wird in der Fassung der Anlage 1 geändert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**32./ Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Haan
Vorlage: 10/113/2017**

Beschluss:

§ 1 Absatz 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Haan erhält folgende Fassung:

*Jede Einladung zu einer Sitzung enthält
den Termin,
den Ort,
die Tagesordnung,
die Beratungsunterlagen,
die Anträge gem. § 2 Absatz 1 und 2,
**Verwaltungsvorlagen zu Prüfaufträgen, die in einer vorangegangenen Sitzung
erteilt worden sind.***

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

29 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

33./ Änderung der Ausbaubeitragsatzung Vorlage: 60/026/2017

Protokoll:

Stv. Schniewind verliest folgende, persönliche Stellungnahme und bittet diese zu Protokoll zu nehmen:

„Die jahrzehntelange Verzögerung der Sanierungsmaßnahmen hat schon jetzt den Effekt, dass die Betroffenen sehr hohen Steigerungen bei den Ausbaubeiträgen ausgesetzt sind, teilweise ist von einer Verdoppelung und noch mehr auszugehen. Daher halte ich diesen Beschluss für absolut unmoralisch.“

Beschluss:

Die anliegende Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) für straßenbauliche Maßnahmen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

31 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

34./ Änderung der Straßenordnung der Stadt Haan Vorlage: 32-/054/2017

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erinnert an die unter TOP 1 eingebrachte Stellungnahme von Frau Dr. Hammerstein und bittet die Mitglieder des Rates diese bei ihrem Beschluss zu berücksichtigen.

Weiterhin weist sie darauf hin, dass der § 1 (2) der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Haan beim letzten Spiegelstrich noch um die „Mozartstraße“ zu ergänzen sei.

Beschluss:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Haan vom 11.02.1999 wird in der Fassung der Anlage 1 geändert.

§ 1 (2) der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung d öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Haan vom 11.02.1999 wird dab in folgender Fassung ergänzt:

(2) § 5 Abs. 3 erhält nachstehende Fassung:

Unbeschadet der in Abs. 1 getroffenen Regelung sind

- im Bereich, der jeweils durch beide Seiten der Kaiserstraße, Mittelstraße, Dieker Straße, Talstraße und Schillerstraße umschlossen wird,*
- im Park Ville d’Eu einschließlich der ihn umgebenden Gehwege der Kaiserstraße, Königstraße und Bismarckstraße,*
- auf dem Karl-August-Jung-Platz und angrenzender Grünfläche zwischen der Beethovenstraße, Moltkestraße, **Mozartstraße** und Richard-Wagner-Straße*

Hunde angeleint zu führen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

29 Ja / 3 Nein / 5 Enthaltungen

**35./ Bericht über die Beteiligung der Stadt Haan an privaten Unternehmen und Einrichtungen
Vorlage: BM/017/2017**

Beschluss:

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**36./ Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Mettmann
Vorlage: 32-2/052/2017**

Beschluss:

Dem Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplans des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**37./ Neuerrichtung einer IP-Technologie gestützte TK-Anlage
hier: Planung der kurzfristigen Erneuerung der IT Verkabelung (voice over
ip) der Verwaltungsgebäude
Vorlage: 65/027/2017**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Planung, Kostenschätzung und Ausschreibung der Erneuerung des IT Datennetzes der Verwaltungsgebäude Kaiserstraße 85 und Alleestraße 8 kurzfristig ein Planungsbüro zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**38./ Beitritt der Stadt Haan zur „d-NRW AöR“
Vorlage: 10/110/2017**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Haan zur „d-NRW AöR“ rückwirkend zum 01.01.2017.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage 3 beigefügte Beitrittserklärung abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**39./ Wiederbesetzung der Stelle 65/10 (Amtsleitung Gebäudemanagement) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp
Vorlage: 10/111/2017**

Beschluss:

Der Rat stimmt der Wiederbesetzung der Stelle 65/10 (Stellenanteil 1,0; EG 14) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**40./ Wiederbesetzung der Stelle 40/26 – Sekretariat
Gemeinschaftsgrundschule Mittelhaan als Ausnahme vom
Wiederbesetzungsstopp
Vorlage: 10/112/2017**

Beschluss:

Der Rat stimmt der Wiederbesetzung der Stelle 40/26 – Sekretariat Gemeinschaftsgrundschule Mittelhaan (0,5 Stellenanteil bisher A 8 künftig EG 6) als Ausnahme zur Wiederbesetzungssperre zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**41./ Wiederbesetzung der Stelle 10/12 – Sachbearbeitung Zentrale
Verwaltungsdienste – als Ausnahme vom Wiederbesetzungsstopp
(Stellenanteil neu 1,0; bisher 0,8)
Vorlage: 10/117/2017**

Beschluss:

1.) Der Rat stimmt der Wiederbesetzung der Stelle 10/12 – Sachbearbeitung Zentrale Verwaltungsdienste als Ausnahme zur Wiederbesetzungssperre mit einem Stellenanteil von 1,0 (bisher 0,8) zu.

- 2.) Der Rat stimmt der Reduzierung des Stellenanteils der Stelle 10/3 – Sachbearbeitung Zentrale Verwaltungsdienste /Technikunterstützte Informationsarbeit von 1,0 auf 0,8 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 42./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3, GO NRW
hier: Einrichtung von 1,8 unbefristeten Stellen für die Kita Bollenberg
Vorlage: 10/119/2017**
-

Beschluss:

Die mit Datum vom 13.06.2017 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (Anlage 1) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 43./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3, GO NRW
hier: Dienstreise für Ratsmitglieder nach Eu / Frankreich
Vorlage: 10/116/2017**
-

Protokoll:

Stv. Lukat weist darauf hin, dass Herr Klaus Lukat, aufgeführt im Sachverhalt der Dringlichkeitsentscheidung, heraus zu nehmen sei.

Beschluss:

Die mit Datum vom 06.04.2017 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (Anlage 1) wird genehmigt.

Der im Sachverhalt aufgeführte „*Herr Klaus Lukat*“ wird aus dem Sachverhalt herausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**44./ Bestellung einer/eines stellvertretenden Schriftführerin/Schriftführers
Vorlage: 10/107/2017**

Beschluss:

Als 2. stellvertretende Schriftführerin für die Sitzungen des Rates der Stadt Haan wird Frau Stadtamtfrau Kerstin Winkelmann bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

45./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat nimmt die vorgelegten Anträge zur Neubesetzung von Ausschüssen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

19./ Neuaufstellung des Regionalplans Düsseldorf (RPD)
hier: Erörterung gem. § 19 Abs. 3 LPIG;
Abfrage zu regionalplanerischen Bewertungen / Ausgleichsvorschlägen
Vorlage: 61/179/2017

Protokoll:

Techn. Bgo Alparslan bezieht sich darauf, dass diese Vorlage inklusive der beigefügten Anlagen in der Sitzung des HFA am 20.06.2017 öffentlich gemacht wurde. Er erklärt, dass es dem Rat und auch der Verwaltung nicht frei stehe, etwaige Anlagen anderer Städte öffentlich zu machen, obwohl diese nichtöffentlich behandelt werden sollen. Weiterhin bestätigt er, dass der Beschluss als Stellungnahme in den Regionalplan mit einfließe.

Beschluss:

Der Empfehlung der Verwaltung hinsichtlich des Einvernehmens zu regionalplanerischen Bewertungen / Ausgleichsvorschlägen der Bezirksregierung Düsseldorf in dieser Sitzungsvorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19. Neuaufstellung des Regionalplans Düsseldorf (RPD)
1./ hier: Erörterung gem. § 19 Abs. 3 LPIG;
Abfrage zu regionalplanerischen Bewertungen / Ausgleichsvorschlägen
Vorlage: 61/179/2017/1

Beschluss:

Die Vorlage zu TOP 19.1 ergänzt die Vorlage zu TOP 19. und wurde in der Sitzung als Tischvorlage verteilt. Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

20./ Gesamtabschluss 2010

Vorlage: 14/030/2017

Beschluss:

1. Der Ausschuss macht sich den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2010 und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu eigen und fasst das Ergebnis seiner Beratungen in dem anliegenden eigenen Bestätigungsvermerk, der in der Sitzung von der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unterzeichnet wird, zusammen.
2. Der Ausschuss empfiehlt dem Rat gemäß §§ 116, 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Bestätigung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2010.
3. Der Ausschuss empfiehlt den Ratsmitgliedern gemäß § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs. 1 Satz 4 GO NRW die Entlastung der Bürgermeisterin.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

46./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Kunkel-Grätz erkundigt sich nach dem aktuellen IST-Zustand der Internetversorgung innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte und über den aktuellen Stand von Mietverträgen zur Unterbringung von Flüchtlingen.

1. Bgo Formella führt aus, dass sich die Mitarbeiter des Sozial- und Asylbereiches in Gesprächen mit Geschäftspartnern für die Versorgung mit öffentlichem WLAN befänden. Eine abschließende Aussage könne daher zurzeit nicht getroffen werden. Eine Sachstandsmeldung erfolge jedoch zeitnah.

Stv. Endereß erfragt, wie mit einem brandgeschädigten Gebäude auf der Feldstraße, seitens der Verwaltung verfahren werde.

Techn. Bgo Alparslan kann hierzu ebenfalls keine konkrete Antwort nennen. Er sichert jedoch zu diese dem Protokoll der Sitzung beizufügen.

Anfrage Stv. Endereß im Rat am 27.6.2017 zum Brandschaden am Gebäude Feldstr. - Stellungnahme der Verwaltung zu Protokoll

Am Nachmittag des 14. Juni d.J. wurde die Feuerwehr zu einem Einsatz auf der städtischen Liegenschaft Feldstr./Dieker Str. gerufen. Hier war es zu einem Schmelbrand in der ehemaligen Lagerhalle des Betriebshofes gekommen. Der Brand konnte schnell gelöscht werden, im Inneren wurde die Halle stark verrauchert, Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Brand wurde vermutlich durch Personen, die sich unbefugt Zutritt verschafft hatten, verursacht.

Die Halle wurde ursprünglich vom Betriebshof genutzt, nach dem Umzug des Betriebshofes in den Neubau Ellscheid war sie noch kurzzeitig Interimslager für die Feuerwehr. Nach Fertigstellung der neuen Feuerwache wurde die Halle vor ca. 5 Jahren aufgrund ihres desolaten Zustandes außer Betrieb genommen. Sie ist abgängig.

Da mit weiteren Vandalismusschäden und weiterem unbefugtem Eindringen in die Halle zu rechnen ist, lässt das Gebäudemanagement momentan ein Abbruch- und Entsorgungskonzept erstellen und die Abbruchkosten ermitteln. Danach soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2018 entschieden werden, ob die Halle im Jahr 2018 abgebrochen werden soll.

gez. Eden
13.07.2017

Weiterhin liegen keine Anfragen vor.

47./ Mitteilungen**Protokoll:**

Bgm'in Dr. Warnecke wirbt für ein besseres Miteinander zwischen der Politik und der Verwaltung. Sie fordert insbesondere die WLH-Fraktion auf, die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung in den sozialen Medien und öffentlichen Aussagen nicht namentlich zu erwähnen, da diese nicht in persönlichem, sondern im Auftrag der Verwaltung handeln. Sie bittet daher hierbei grundsätzlich die Formulierung „die Stadtverwaltung“ zu gebrauchen.

Stv. Stracke verweist auf den § 15 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Stadt Haan und bittet darum, die dort genannte Frist von vier Wochen zur Übersendung der Sitzungsniederschriften einzuhalten.